

Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes
Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund
Band: 65 (1973)
Heft: 5

Rubrik: Zeitschriften-Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 02.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

nologiepolitik ist auch Gesellschaftspolitik, das heisst, soziale Innovationen sind genau so wichtig, vielleicht sogar wichtiger als wissenschaftlich-technische Innovationen.

Die europäischen demokratischen Gewerkschaften werden die künftige Politik der Gemeinschaft auf dem Gebiete der Technologie mit skeptischer Sympathie verfolgen. Sie bieten die Hand zur Kooperation, wollen aber als Repräsentanten der arbeitenden Menschen in der Gemeinschaft ernst genommen werden. Feigenblatt vor anderen Interessen wollen sie jedenfalls nicht spielen.

Zeitschriften-Rundschau *Otto Böni*

Einkommen und Vermögen in der Bundesrepublik

Recht aufschlussreiches Zahlenmaterial über Einkommensverhältnisse und Vermögenssituation in der Bundesrepublik bietet ein Beitrag von Peter van Spall in der April-Nummer der Wiener Zeitschrift «*Neues Forum*». So reduzierte sich zwischen 1950 und 1967 der Anteil der Arbeiter an den abhängig Beschäftigten auf Grund der Rationalisierungsmassnahmen von 50,9 Prozent auf 47,4 Prozent, während derjenige der Angestellten in der gleichen Zeitspanne von 16 Prozent auf 28 Prozent stieg. Entsprechend nahm der Anteil der lohn- und gehaltsabhängigen Beschäftigten in den letzten Jahren stark zu. Zwischen 1950 und 1967 sank hingegen die Zahl der Selbständigen von 14,7 Prozent auf 11,4 Prozent.

Wie sieht es nun mit dem Einkommen in diesen drei Kategorien aus? Erstaunlicherweise haben 55,5 Prozent der Selbständigen ein Monatseinkommen das unter 1200 DM liegt, 15,4 Prozent verdienen sogar weniger als 600 DM im Monat. Etwas anders sieht es bei den Produktionsmittelbesitzern aus. 1965 hatten 2380 westdeutsche Unternehmer ein durchschnittliches Monatseinkommen von 190 000 DM, während ein Drittel der abhängig Beschäftigten zu dieser Zeit etwa 500 DM monatlich verdiente. Ein Arbeiter bekam demnach in zwölf Monaten soviel wie ein Millionär in 23 Stunden. Das wirtschafts- und sozialwissenschaftliche Institut der Gewerkschaften errechnete unlängst, dass rund 74 Prozent des Produktivvermögens nur 1,7 Prozent der Haushalte gehören. 1969 verdiente nur ein Viertel aller Arbeiter zwischen 800 DM und 1200 DM. 74 Prozent aller Arbeiter hatten ein monatli-

ches Einkommen von weniger als 800 DM, inklusive aller versteuerten Nebeneinkünfte. Bei den Angestellten sieht es etwas besser aus. Lediglich jeder dritte Angestellte verdiente im Monat weniger als 800 DM.

Zweifellos tut es vielen Schweizern wieder einmal gut, sich diese Zahlen aus dem Lande des Wirtschaftswunders – die allerdings zeitlich schon wieder etwas überholt sind – vor Augen zu führen, ergibt sich doch daraus, dass in der Bundesrepublik noch mindestens 20 Prozent der Bevölkerung in Armut leben.

Internationale Solidarität gegen multinationales Unternehmen

Das monatlich in Brüssel erscheinende Organ des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften, die «Freie Gewerkschaftswelt» orientiert in ihrer Februar-Nummer über einen Streik in den Farah-Werken der amerikanischen Stadt El Paso. Bei diesem Konzern handelt es sich wahrscheinlich um die grösste Hosenfabrik der Welt mit ungefähr 8000 Angestellten. Die meisten der Beschäftigten sind Mexiko-Amerikaner oder, wie sie sich selbst nennen, Chicanos. Ihr gewerkschaftlicher Organisationsgrad ist ausserordentlich gering, genauso wie derjenige der schwarzen Amerikaner. So müssen denn auch die Farah-Arbeiter jederzeit damit rechnen, Arbeitsplatz und damit Existenzmöglichkeit zu verlieren. Es wird dort nach einem sogenannten Anreizsystem gearbeitet, das aber keinen Anreiz bietet, sondern immer nur höhere Produktionsziele setzt. Ältere Leute, die dieses Tempo nicht einhalten können, werden entlassen, so dass kaum jemand in den Genuss der mehr als bescheidenen Alterspension von 20 Dollar im Monat kommt.

Auf die verstärkten Bemühungen der Gewerkschaft, die Arbeiter zu organisieren, reagierte die Betriebsleitung mit der Einführung unfairster Arbeitspraktiken jeder Art. Die Arbeiterschaft antwortete auf die Schikanen der Firma mit einem Streik. Obwohl die ganze Aktion äusserst friedlich verlief, wurden auf Veranlassung des Konzerns rund 900 Arbeitnehmer verhaftet. Dies führte zu einer landweiten Solidarisierung mit den Streiken-

den. Sogar die Senatoren McGovern und Kennedy schlossen sich Unterstützungskomitees an, die zum Boykott der Firma Farah aufriefen. Der Erfolg der Solidarisierung mit den streikenden Arbeitern lässt sich daran messen, dass die Firma im Sommerquartal 1972 10 Millionen Dollar an Verkäufen verlor. Doch scheint der Kampf noch lange nicht beendet zu sein. Die Firma Farah hat nun begonnen, auf internationaler Ebene zu arbeiten. Vor kurzem hat sie Betriebe in Belgien und Hongkong eröffnet. Die Gewerkschaft der Bekleidungsarbeiter der USA ruft nun über ihre Schwesterorganisationen in Asien und Europa zum internationalen Boykott gegen die nun multinational auftretende Firma Farah auf.

Wenn es sich bei der Firma Farah im internationalen Massstab auch um einen bescheidenen Konzern handelt, so dürfte einem gewerkschaftlichen Erfolg doch grosse Bedeutung zukommen. Einmal mehr würde dadurch den Arbeitgebern die Macht der internationalen Solidarität vor Augen geführt. Ebenso würden vielleicht damit erste Schritte zu einer gemeinschaftlichen Planung der gewerkschaftlichen Aktionen, zur Vereinheitlichung der Löhne und dem Auslaufen aller bisherigen Kollektivverträge mit solchen multinationalen Gesellschaften eingeleitet.

Hinweis

Die in Köln erscheinenden «Gewerkschaftlichen Monatshefte» widmen sich in ihrer dritten Nummer dieses Jahres ausführlich dem Thema der Beruflichen Bildung. So erläutert unter anderem die stellvertretende Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Maria Weber, die «Forderungen des DGB zur beruflichen Bildung», Erich Frister umreisst den Problemkreis «Integration allgemeiner und beruflicher Bildung als Bestandteil gewerkschaftlicher Politik», Friedrich Eddling nimmt unter der Überschrift «Entschulung, Berufsvorbereitung und lebenslange Weiterbildung» Stellung gegen den einseitigen Ausbau des «Lernorts Schule», und Armin Hegelheimer zieht Vergleiche zur «Berufsbildung in der DDR».